

öffentlich

Einleitung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die 60. Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, dem 26. September 2013, und stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Herr Erster Bürgermeister Hilbert leitet die Sitzung ab 18:30 Uhr.

Sie gibt bekannt, dass TOP 9, TOP 10 und TOP 13 vom Einreicher vertagt worden seien.

Folgende Tagesordnungspunkte können ohne Debatte behandelt werden: TOP 14, TOP 15, TOP 17, TOP 18, TOP 19, TOP 25 und TOP 26.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn beantragt zum TOP 21 Rederecht für Frau Dr. Sawatzki und die Behandlung nach dem nicht öffentlichen Teil nach der Pause. Außerdem beantragt er die Vertagung von TOP 23, da noch Klärungsbedarf herrsche.

Herr Stadtrat Krien meint, dass der Wahlzettel zu TOP 7 vor der eigentlichen Wahl ausgereicht werden solle.

Die Oberbürgermeisterin erklärt, dass die Namen beim Aufrufen des TOP angesagt werden.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag von Herrn Stadtrat Dr. Böhme-Korn zu TOP 21 – Rederecht für Frau Dr. Sawatzki, Mitglied im Beirat Gesunde Städte, und Behandlung nach der Pause und dem nicht öffentlichen Teil – mehrheitlich zu.

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Vertagung von TOP 23 mehrheitlich zu.

Der Stadtrat stimmt der so geänderten Tagesordnung mehrheitlich zu.

Die Oberbürgermeisterin gibt bekannt, dass sie gemäß § 36 SächsGemO für die Tagesordnung des Stadtrates zuständig sei, unabhängig von Fristen und Quoren, die für die Fraktionen des Stadtrates gelten. Sie sehe zur Albertbrücke eine neue Sachlage. Aus diesem Grund habe sie die TOP 3 und 4 auf die Tagesordnung gesetzt.

1 Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse

Die Oberbürgermeisterin informiert über folgenden in nicht öffentlicher Sitzung am 5. September 2013 gefassten Beschluss:

V2415/13: „Bestellung der Geschäftsführung der Dresdner Bäder GmbH“

2 Bericht der Oberbürgermeisterin

inhaltsleer

3 Aktuelle Stunde zum Thema "Albertbrücke unverzüglich sanieren – Fehlentscheidung korrigieren!"

**A0766/13
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin erklärt, mit dem Blick zurück und dem damaligen Kenntnisstand stehe sie nach wie vor zu ihrem Veto bzgl. des Beschlusses die Brücke nach der Variante IV b zu sanieren. Ein Baustart im September 2013 sei auch damals nicht absehbar gewesen, da die Förderzusage des Landes fehlte.

Sie hätte abwägen müssen zwischen einer schnellen Sanierung und einer erheblichen Entlastung für den städtischen Haushalt. Die enorme Aufgabe im Bereich Kita, Schule und Straßenerhalt sei für sie vorrangig gewesen. Für beide Varianten gebe es gute sachliche Argumente. Die Situation habe sich jedoch laut dem jüngsten Prüfbericht seit dem Beschluss vom 11. Juli 2013 spürbar verschlechtert.

Daraus würden sich vier Dinge ergeben:

1. Eine teilweise Sperrung der Fahrspuren in der Brückenmitte.
2. Die Verkehrsbetriebe hätten eine Verringerung der Geschwindigkeit auf 10 km/h veranlasst und erhebliche Mängel am Zustand der Gleise festgestellt.
3. Zum Schutz der Radfahrer soll eine Überdachung errichtet werden.
4. Ein Havariekonzept für die Schifffahrt soll entwickelt werden.

Es sei deutlich geworden, dass sich der Zustand der Brücke weiter verschärfen würde. Angesichts dieser Entwicklung habe sie sich entschieden den Antrag (A0760/13) und die Aktuelle Stunde heute zuzulassen. Sie hoffe, dass der Stadtrat ein klares Votum treffen werde, damit es zügig zu einer Ausschreibung der Variante IV b kommen und die entsprechenden Förderunterlagen veranlasst werden könnten.

Sie verweist auf den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion, der sie auffordere, die maximale Förderung vom Freistaat zu erwirken. Sie werde schnellstmöglich nach dem heutigen Beschluss mit dem Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Kontakt aufnehmen und um eine verbindliche Aussage zu den Förderquoten bitten.

Heute gehe es um die Abwägung zwischen den Optionen. Sie bittet, dass das Thema mit großer Sachlichkeit und Nachvollziehbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger diskutiert werde.

Herr Stadtrat Schollbach erklärt, dass seit vielen Jahren schon über die Sanierung der Brücke im Stadtrat diskutiert werde und im Jahr 2010 schon eine abschließende Entscheidung getroffen worden sei. Am 11. Juli 2013 habe der Stadtrat mit seinem Votum die vorbereitete Sanierung gestoppt. Dies sei auf Grundlage der vagen Möglichkeit geschehen, dass eventuell Fördermittel vom Freistaat beantragt werden können. Dafür sei u. a. in Kauf genommen worden, dass die Sanierung teurer werde, acht Monate längere Zeit beanspruche und mit der Maßnahme erst ein Jahr später begonnen werden könne. Die Fraktion DIE LINKE. könne solch eine Unvernunft nicht hinnehmen, deshalb habe man gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Druck ausgeübt für eine schnelle Sanierung der Brücke. Die Fraktionen DIE LINKE., Bündnis 90/Die Grünen und SPD schlugen vor, dass jetzt endlich und so schnell wie möglich mit der Sanierung der Albertbrücke begonnen werde. Es soll die vorbereitete Variante umgesetzt werden. Er erläutert den desolaten Zustand und nennt dazu noch einmal die schlimmsten Schäden. Die Gehwege seien schon seit 2010 gesperrt, seit dem 1. August 2013 gelte für Straßenbahnen eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 10 km/h, seit dem 12. September 2013 seien die äußeren Spuren für den Autoverkehr gesperrt.

Das ganze Chaos um die Albertbrücke verdanke man dem Widerspruch der Oberbürgermeisterin gegen die Entscheidung des Stadtrates. Es sei behauptet worden, dass eine Verschiebung der Sanierung machbar sei und im Sommer 2014 mit den Sanierungsmaßnahmen begonnen werde. Wenige Tage später sei dann gesagt worden, dass frühestens 2015 mit einer Sanierung begonnen werden könne. Es gebe noch mehrere Unklarheiten in Bezug auf die Kenntnis der Mängel an der Brücke. Jeder, dem die Schäden der Brücke bekannt gewesen seien, hätte gewusst, dass mit einer Verschiebung der Sanierung erhebliche Risiken verbunden seien. Jeder könne in der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) nachlesen, dass die Oberbürgermeisterin verpflichtet sei, die Anträge zur Albertbrücke auf die Tagesordnung zu nehmen. Die Fraktionen hätten ein Minderheitenrecht geltend gemacht. Die Verzögerung der Sanierung würden der Stadt mehr Kosten verursachen.

Frau Stadträtin Haase meint, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen freue sich, dass die CDU-Fraktion ihre Meinung geändert hätte und dass nächstes Jahr mit der Sanierung der Albertbrücke begonnen werden könne. Die geplante Variante sei vom Sicherheitsaudit wegen der vorgesehenen Breite der Radwege bemängelt worden. Bei der Planfeststellung sei nicht darauf reagiert worden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätte den Zustand der Brücke gesehen und wolle die Sanierung nicht blockieren. Die Fakten, u. a. eine Zusammenfassung des Brückengutachtens, seien Ende Mai 2013 vorgelegt worden. Daraus sei klar hervorgegangen, dass eine Sanierung so schnell wie möglich in Angriff genommen werden müsse. 2009 seien für 600.000 Euro Notmaßnahmen durchgeführt worden. Sie gehe davon aus, dass ein Förderantrag ergänzt werden könne. Sie erinnert, dass an der Bautzner Straße erhebliche Mehraufwendungen hätten erfolgen müssen, um einen termingerechten Beginn der Sanierung der Albertbrücke zu gewährleisten. Es sei viel Geld ausgegeben und dann sei die Sanierung abgesagt worden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würde den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion einer 90-prozentigen Förderung unterstützen, obwohl hier nur eine geringe Erfolgchance gesehen werde.

Herr Stadtrat Bergmann erläutert, die Albertbrücke sei marode und der Zustand für sämtliche Verkehrsteilnehmer ein Ärgernis. Jeden Tag würden neue unliebsame Überraschungen und teure Reparaturen drohen. Deshalb sei die schnellstmögliche Sanierung der Albertbrücke vernünftig. Die Entscheidung im Juli 2013 sei eine Fehlentscheidung gewesen. Es sei unverständlich, dass eine fertige Planung über den Haufen geworfen werde und auf eine Variante gesetzt werde, die zwei Jahre länger dauere und mehr Kosten verursache. Sämtliche Experten hätten vor den eingetretenen Folgen gewarnt. Wenn Kurs gehalten worden wäre, hätte die Sanierung im September 2013 beginnen können. Er sei froh, dass die CDU-Fraktion nun die schnelle Sanierung mittragen werde. In Pirna z. B. sei die Altstadtbrücke für die Sanierung zwei Monate voll gesperrt worden. Der Stadtrat hätte dies von Anfang an unterstützt und nur auf einen schnellen Bauverlauf Wert gelegt. Die Brücke sei erfolgreich saniert worden und es habe keine nennenswerten verkehrlichen Probleme gegeben. Der Freistaat habe die Sanierung mit einem Fördersatz von 85 Prozent gefördert. Er frage sich, warum dies nicht in Dresden machbar sei. Die Albertbrücke sei ein Symbol der Zerstrittenheit der Dresdner Verkehrspolitik. Sie zeige, welche Folgen es habe, wenn das Urteil von Fachleuten ignoriert werde. Der Schaden könne nicht rückgängig gemacht werden, aber wenn die alte Planung aufgegriffen werde, könne der Baustart noch Mitte 2014 beginnen. Er wünsche sich für die Zukunft der Dresdner Verkehrspolitik mehr Augenmaß, Kompromissbereitschaft und Vernunft. Er appelliert an den Freistaat um eine schnelle Zusage der Fördermittel, die die Dresdnerinnen und Dresdner erwarten würden.

Herr Stadtrat Holger Zastrow führt aus, ihm lägen keine neuen Argumente oder Fakten vor. Er möchte wissen, wieso den Fraktionen das Prüfgutachten nicht zugestellt worden sei. Am 1. Mai 2007 sei zum ersten Mal ein Stein von der Brücke gefallen. Im Jahr 2009 habe das Brückengutachten festgestellt, dass unverzüglich gehandelt werden müsse. 2010 sei deswegen beschlossen worden, dass die Brücke unverzüglich saniert und die Behelfsbrücke gebaut werden soll, jedoch sei erst im Mai 2013 der entsprechende Zuwendungsantrag beim Land gestellt worden. Er möchte wissen, wer die Verantwortung trage, dass über zwei Jahre nichts passiert sei und bittet darum, dies in der Verwaltung zu klären und entsprechende Konsequenzen zu veranlassen.

Von Woche zu Woche gebe es neue Einschränkungen. Wenn die Brücke nach den Wünschen der FDP-Fraktion saniert werde, könnten die Straßenbahn und der Autoverkehr weiterhin auf einer Spur über die Brücke fahren. Heute soll nun der schlimmste Fall eintreten, die Vollsperrung der Brücke. Er bringt seinen Unmut über die Verfahrensweise zum Ausdruck und er frage sich, wer in dieser Stadt die Politik mache. Wenn das Abstimmungsergebnis nicht passend sei, werde so lange abgestimmt und Stimmung in der Presse gemacht, bis die CDU-Fraktion doch noch zustimme.

Herr Stadtrat Hille ordnet das Ganze als Schaulaufen ein, einem Stadtratsbeschluss, dem die Oberbürgermeisterin schon einmal widersprochen habe, werde heute von Seiten der CDU-Fraktion und der Oberbürgermeisterin zugestimmt. Die Begründung der Oberbürgermeisterin zeige deutlich, dass bei Fragen der kommunalen Planungshoheit nicht selbstständig agiert werden könne, weil man von der Fördermittelvergabe des Freistaates abhängig sei. Im Sinne einer schnellen Sanierung werde die Fraktion Bündnis Freie Bürger zustimmen.

Herr Stadtrat Dr. Brauns weist darauf hin, dass es eine Änderung der Sachlage gegeben hätte, ansonsten wäre das Thema gar nicht in die Tagesordnung aufgenommen worden. Er schildert den Verlauf der Sachlage. Es wäre natürlich besser gewesen, wenn das Beschlossene konsequent geplant und durchgesetzt worden wäre. Wenn diesen Monat mit der Maßnahme begonnen worden wäre, hätte die Stadt komplett für die Sanierung aufkommen müssen. Nach Vorlage des neuen Gutachtens sei klar, dass so schnell wie möglich mit der Sanierung begonnen werden müsse.

Abstimmungsergebnis:

erledigt

4 Unverzögerlicher Beginn der Sanierung der Albertbrücke

**A0760/13
beschließend**

Herr Stadtrat Wirtz erläutert und begründet den Antrag. Er verweist anhand einer Power-Point-Präsentation auf die gravierendsten Mängel der Brücke. Es müsse aus Zeitgründen die Variante gebaut werden, die jetzt baureif vorläge. Wenn noch zwei Jahre gewartet werde, müsse die Brücke komplett abgerissen und neu gebaut werden.

Herr Stadtrat Dr. Brauns stellt den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vor. Es sei wichtig, dass die Oberbürgermeisterin beauftragt werde, sich beim Freistaat auch für die Förderung dieser Sanierungsvariante einzusetzen. Auch die CDU-Fraktion sei überzeugt, dass so schnell wie möglich gehandelt werden müsse.

Herr Stadtrat Dr. Lames meint, der Zustand der Brücke sei nicht überraschend. Dass eine maximale Förderung beantragt werde, sei selbstverständlich. Es störe ihn, dass die Oberbürgermeisterin von den vielen gestellten Anträgen nur den von der CDU-Fraktion erwähnt habe. Die Oberbürgermeisterin habe sich mit ihrer Stellungnahme nicht als Vertreterin der Bürgerinnen und Bürger von Dresden dargestellt. Der Widerspruch der Oberbürgermeisterin habe Gefahr für die Stadt heraufbeschworen. Die Fakten seien von der Verwaltung einseitig und unausgewogen dargestellt worden. Er würde sich freuen, wenn zu einer sachlichen und fachlichen Verkehrspolitik zurückgefunden werde.

Herr Stadtrat Holger Zastrow führt aus, noch nie hätten sich die Fraktionen DIE LINKE., Bündnis 90/Die Grünen und SPD für den Individualverkehr eingesetzt. Er findet, die SPD-Fraktion behindere den Individualverkehr. Es sei bekannt, dass auch noch andere Brücken saniert werden müssten, so sei die Augustusbrücke auch in keinem besseren Zustand als die Albertbrücke. Die Wünsche der DVB AG würden trotz hoher Kosten immer erfüllt. Er glaube, dass eine Stadt so nicht regiert werden könne. Die FDP-Fraktion wisse, wo sie stehe und kämpfe für ihre Überzeugung.

Frau Stadträtin Haase erläutert, der Individualverkehr bestehe nicht nur aus Kfz-Verkehr, sondern es zählten auch der Rad- und Fußverkehr dazu. Es würden 35 Prozent aller Wege in Dresden zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordere seit Jahren, dass im Sinne der Nachhaltigkeit das Bestehende bewahrt und saniert werde und nicht ständig überdimensionierte neue Projekte umgesetzt werden. Diese seien schwierig zu finanzieren und die Unterhaltung koste sehr viel Geld. Zur Unterhaltung der Waldschlößchenbrücke seien derzeit 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Es gebe keinen einzigen Mitarbeiter, der sich ausschließlich um den Fahrrad- bzw. Fußgängerverkehr kümmern könne.

Des Weiteren hätte sich gezeigt, dass das angrenzende Straßennetz der Waldschlößchenbrücke nicht, wie dargestellt, aufnahmefähig sei. Sie sehe auch nicht die Lobby der DVB AG, z. B. sei die Straßenbahnlinie bei der Waldschlößchenbrücke gestrichen worden. Die Mittel für die Behelfsbrücke seien im Haushalt 2011/2012 eingestellt gewesen.

Herr Stadtrat Baur meint, bei so wichtigen Entscheidungen wie der Vollsperrung einer Stadtbrücke solle der gesunde Menschenverstand im Vordergrund stehen. Die Vollsperrung der Stadtbrücke in Pirna sei ein negatives Beispiel, wohin eine engstirnige Verkehrspolitik führe. Er bleibe bei seiner Meinung, er werde keine neunmonatige Vollsperrung unterstützen. Das vorprogrammierte Verkehrschaos möchte er nicht verantworten und Dresden könne es sich nicht leisten, auf Fördermittel zu verzichten.

Herr Stadtrat Bergmann merkt an, die Albertbrücke sei zur Staufalle geworden, ohne dass überhaupt mit der Sanierung begonnen worden sei. In Dresden gebe es nach wie vor einen Nachholbedarf bei der Sanierung von Straßen, Rad- und Fußwegen. Die SPD-Fraktion sei für eine moderne Verkehrspolitik für alle Verkehrsteilnehmer.

Herr Stadtrat Wirtz konstatiert, die Brücke zerfalle, egal, ob sie vom Straßenbahn-, Auto- oder Fußgängerverkehr genutzt werde. Schon im Materialgutachten von 2006 werde darauf verwiesen, dass der schlechte Bauwerkszustand eine grundlegende Instandsetzung der Brücke erforderlich mache. Die Brückenabdichtung sei großflächig defekt. Die grundlegende Untersuchung der Bausubstanz im Jahre 2006 habe ergeben, dass nur mit durchgreifenden Sanierungsmaßnahmen der Bestand und die ungeminderte Tragfähigkeit des Bauwerkes erhalten werden könne. Andernfalls müsse in wenigen Jahren mit einer spürbaren Herabsetzung der Brückentragfähigkeit gerechnet werden. Die Fördermittelbeantragung sei für Dezember 2012 zugesichert worden und er frage sich, warum dies dann erst im Mai 2013 erfolgt sei. Dies halte er für einen eklatanten Fehler.

Herr Stadtrat Dr. Brauns verweist darauf, dass die CDU-Fraktion ihre Meinung nach Darlegung der Gutachten von Fachleuten geändert habe. Die Straßenzüge sollen so dimensioniert werden, wie sie nach den Verkehrsprognosen der Fachleute dargestellt werden. Dresden sei eine wachsende Stadt und zu einer wachsenden Stadt gehöre ein leistungsfähiges Straßennetz.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion mit 58 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem ergänzten Antrag mit 54 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, die Sanierung und Instandsetzung der Albertbrücke unverzüglich in der baureif ausgearbeiteten Variante IV b auf Basis des am 27. Mai 2013 vorgelegten Variantenvergleichs durchführen zu lassen.

Beim Fördermittelgeber ist unverzüglich zu beantragen, dass ein vorfristiger fördermittelunschädlicher Maßnahmebeginn möglich ist.

Weiterhin wird die Oberbürgermeisterin beauftragt, sich beim Freistaat Sachsen dafür einzusetzen, dass auch für diese Sanierungsvariante eine Förderung in Höhe von 90 Prozent der förderfähigen Kosten erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung
Ja 54 Nein 11 Enthaltung 0

5 Tagesordnungspunkte ohne Debatte

Es erfolgt die Behandlung von TOP 14, TOP 15, TOP 17, TOP 18, TOP 19, TOP 25 und TOP 26.

6 Umbesetzung im Ortsbeirat Blasewitz

**A0764/13
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Beschluss:

Für das Mitglied im Ortsbeirat Blasewitz, Frau Ilona Schär, wird als Stellvertreter Herr Lutz Richter berufen.

Frau Saskia Berndt scheidet als Stellvertreterin aus.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 65 Nein 0 Enthaltung 0

**7 Besetzung des Aufsichtsrates der Kommunale Immobilien
Dresden GmbH & Co. KG**

**V2464/13
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin verliert die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten und schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden wählt gemäß § 98 Abs. 2 in Verbindung mit § 42 Abs. 2 SächsGemO sowie § 9 des Gesellschaftsvertrages der Kommunale Immobilien Dresden GmbH & Co. KG folgende sieben Personen als Mitglieder für den Aufsichtsrat der Kommunale Immobilien Dresden GmbH & Co. KG:

Herr Ingo Flemming

Herr Hartmut Vorjohann

Herr Tilo Wirtz

Frau Gerit Thomas

Herr Wilm Heinrich

Herr Matteo Böhme

Herr Franz-Josef Fischer